caritas in NRW AKTUELL

Infodienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Ausgabe 05 - November 2015

"Armut ist kein Zufall"

Schattenbericht "10 Jahre Hartz IV" der Nationalen Armutskonferenz

Zum zweiten Mal nach 2012 hat die Nationale Armutskonferenz (nak) einen Schattenbericht zur Armut in Deutschland vorgelegt. Er trägt den Titel "Zehn Jahre Hartz IV - zehn verlorene Jahre". Die nak forderte mehr Entschiedenheit bei der Bekämpfung von Armut: "Keine weiteren Jahre verlieren!"

Vor der Bundespressekonferenz in der Bundeshauptstadt betonte nak-Sprecher Dr. Frank Johannes Hensel, Armut sei "kein unglücklicher Zufall". Er forderte mehr politische Entschiedenheit bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland. "Wir dürfen keine weiteren Jahre mehr verlieren!"

Denn inzwischen wachse jedes fünfte Kind in Deutschland in einer einkommensarmen Familie auf. Daran habe auch das von der Bundesregierung 2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket nichts ändern können. Hensel: "Die Notwendigkeit, nach 2012 erneut einen Schattenbericht veröffentlichen zu müssen, zeigt, dass Armut und soziale Ausgrenzung von der Politik als fast schon unabänderlich hingenommen werden."

Der Schattenbericht, der als Sonderausgabe der Berliner Obdachlosenzeitung "strassenfeger" erscheint, lässt Betroffene zu Wort kommen, aber auch Armutsforscher und Personen, die im Umgang mit Armen erfahren sind, wie den neuen Berliner Erzbischof Dr. Heiner Koch.

Der Sprecher der nak warnte vor der Bundespressekonferenz zudem vor einem Anstieg der Altersarmut. "Bis zum Jahr 2030 wird - so politisch entschieden - das Rentenniveau auf 43 Prozent sinken. Die Folge wird sein, dass die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, deutlich steigt." Schon jetzt sei der Anstieg enorm: 2003, so Hensel, waren 250000 Seniorinnen und Senioren auf Sozialleistungen angewiesen, mittlerweile sind es längst doppelt so viele.

Es fehlen eine Million Wohnungen

Besonders hoch ist das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden. Schon heute leben fast 40 Prozent aller Alleinerziehenden von Hartz IV - mit gravierenden Folgen für Kinder, so Prof. Dr. Anne Lenze von der Hochschule Darmstadt: "Von den 1,89 Millionen Kindern und Jugendlichen im Hartz-IV-Bezug leben mehr als die Hälfte in Alleinerziehenden-Haushalten. Kinderarmut ist damit zur Hälfte auf die Armut von Alleinerziehenden zurückzuführen." Lenze kritisierte vor allem, dass die Kombination von Sozialleistungen, die helfen solle, ohne Hartz IV auszukommen, bei Alleinerziehenden ins Leere laufe. Sie forderte, den Unterhaltsvorschuss unbegrenzt zu gewähren und die besonderen Belastungen des Alleinerziehens gerade in prekären Einkommenslagen zu berücksichtigen.

Wie stark die Armut in Deutschland zunimmt, zeige sich auch an der Zahl der Wohnungslosen, sagte Werena Rosenke, Vize-Sprecherin der nak und stellvertretende Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. "2014 waren in Deutschland 335000 Menschen ohne Wohnung, 18 Prozent mehr als 2012." Ursache sei auch der Verkauf von Sozialwohnungen an private Investoren. "Seit 2002 gibt es eine Million Sozialwohnungen weniger. Anstelle einer sozialen Wohnungspolitik wurde die Wohnung als Ware begriffen und dem Spiel des freien Marktes überlassen." Rosenke forderte eine drastische Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau. "Wir brauchen jedes Jahr 150000 neue Wohnungen für einkommensschwache Menschen." ◀



In einer gemeinsamen Aktion haben die Nationale Armutskonferenz (nak) und der Kölner Diözesan-Caritasverband vor dem Kölner Dom kleine Scheren an Passanten verteilt. Die Mini-Scheren stehen symbolisch für die größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland. Foto: Jo Schwartz



"Caritas in NRW – AKTUELL" ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn. Er erscheint sechsmal im Jahr. Zu bestellen bei: Caritas in NRW Redaktion Lindenstraße 178 40233 Düsseldorf Telefon: 02 11/51 60 66 20 Telefax: 02 11/51 60 66 25 E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527

Thema Demenz nicht verschweigen

Caritas will mehr gesellschaftliche Teilhabe für Demenzkranke

Einen offeneren Umgang mit an Demenz erkrankten Menschen fordert die Caritas in NRW. "Unsere Gesellschaft steht vor der Herausforderung, das Recht auf soziale Teilhabe auch für Menschen mit Demenz durchzusetzen", sagte der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders bei einer Fachtagung in Krefeld. Er rief dazu auf, Demenz nicht nur als Krankheit zu betrachten.

"Nach christlicher Überzeugung sind Menschen mit Demenz genauso Ebenbild Gottes wie jeder von uns", sagte er vor rund 100 Wissenschaftlern, Pflegemitarbeitern und Verantwortlichen aus Kirche und Verbänden auf einer Fachtagung der Caritas in NRW. "Sie gehören mitten in die Gesellschaft, das Thema darf nicht verschwiegen werden", betonte Schröders.

In ihrem Grußwort zu Beginn der Fachtagung wies NRW-Gesundheits- und Pflegeministerin Barbara Steffens (Grüne) darauf hin, dass der Umgang mit Demenz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei.

"Wir müssen lernen, Demenzerkrankte so zu nehmen, wie sie mit ihrer Erkrankung sind. Wichtig dafür sind eine neue Sensibilität und auch eine neue Kultur der Achtsamkeit. Menschen mit Demenz gehören zu uns, mitten in unser Leben und nicht in gesonderte Einrichtungen wie Demenzdörfer. Sie brauchen Respekt, Wertschätzung, Nähe, Zuwendung und Solidarität", sagte Ministerin Steffens. In der Versorgung von Demenzerkrankten setze sich Nordrhein-Westfalen schon seit Jahren unter anderem durch die finanzielle Förderung der bundesweit einmaligen Demenz-Service-Zentren für Betroffene und eine Unterstützung pflegender Angehöriger ein. "Wir wollen Bedingungen schaffen, die in möglichst vielen Bereichen - wie etwa Wohnen, Versorgung, Infrastruk-

turen im Quartier und gesellschaftliche Teilhabe – ein bestmögliches Leben mit Demenz ermöglichen", so Steffens.

Diözesan-Caritasdirektor Schröders forderte ein Umdenken in der Gesellschaft. "Demente Menschen sind anders, und Andersartigkeit irritiert", sagte er. "Ich glaube, wir können von Menschen mit Demenz lernen, authentisch zu sein." Verhalten Dementer, das auf den ersten Blick befremdlich sei, sei nichts anderes als eine ungefilterte Äußerung ihrer momentanen Gefühlslage. Der Caritasdirektor sprach sich auch für mehr Unterstützung der Angehörigen aus. Derzeit würden mehr als 80 Prozent der an Demenz Erkrankten zu Hause gepflegt und betreut – meist von Angehörigen oder einem ambulanten Pflegedienst. Angesichts der zu erwartenden demografischen Entwicklung sei ein Ausbau des Hilfsnetzes immer wichtiger; allein in Nordrhein-Westfalen gingen Experten von einem Anstieg der Zahl der Demenzkranken von jetzt 300000 auf 450000 in 15 Jahren aus.

Prof. Dr. Hans Georg Nehen vom Geriatrie-Zentrum Haus Berge (Essen) erläuterte den wissenschaftlichen Erkenntnisstand über Demenz und das Wissen aus der medizinischen Geriatrie. Rund 1,5 Millionen Menschen waren 2014 in Deutschland an Demenz erkrankt. Jährlich erkranken 300000 Menschen neu, wodurch die Gesamtzahl an Menschen mit Demenz jährlich um ca. 40000 zunimmt (Differenz Neuerkrankungen zu Sterbefällen). ◀

Die Fachtagung "Daheim und unterwegs – was Menschen mit Demenz brauchen" wird am 2. Dezember in Schwerte wiederholt. Infos, Materialien und Anmeldung unter: www.caritas-nrw.de/Veranstaltungen



Aachens Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders, Prof. Dr. Hans Georg Nehen, Essen, und die Ministerin für Gesundheit, Pflege und Alter, Barbara Steffens (Grüne) (von links). Foto: Heidrich

Kita-Schließungen befürchtet

Wegen akuter Finanzprobleme sind aus Sicht der Wohlfahrtsverbände derzeit 3600 der 9600 Kindergärten in Nordrhein-Westfalen von Schließung bedroht. Bei den Kirchen und freien Trägern arbeite jede zweite Kita defizitär, sagte die Expertin für Tageseinrichtungen bei der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW (LAG FW), Marita Haude, im Düsseldorfer Landtag.

Viele Kitas seien gezwungen, ihr Personal auf die gesetzliche Mindestausstattung herunterzufahren. Für die Qualität der Betreuung sei dies "bitter". Das Düsseldorfer Parlament beriet jüngst einen Antrag der CDU-Opposition, die hälftig von Land und Kommunen finanzierten Kindpauschalen an die freien Träger jährlich um 2,5 Prozent zu erhöhen. Im Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ist eine Anhebung von nur 1,5 Prozent pro Jahr festgeschrieben. Die Erhöhung eines Prozentpunktes kostet Land und Kommunen 40 Millionen Euro.

Die Vertreter der beiden großen Kirchen plädierten bei der Anhörung für ein neues Gesetz, um die Finanzierung auf "eine solide Grundlage" zu stellen. Die derzeitige jährliche Anpassung entspreche nicht der tatsächlichen Personal- und Betriebskostenentwicklung.

Der Leiter des Katholischen Büros NRW, Antonius Hamers, erklärte, immer mehr Pfarreien fühlten sich mit der Finanzierung ihrer Einrichtungen erheblich überfordert. So verzeichne die katholische Kirchengemeinde im westfälischen Coesfeld ein Defizit von jährlich 107.000 Euro für ihre fünf Kindergärten. Dies sei etwa ein Fünftel des gesamten Pfarrei-Etats. Die Kirche gebe ungern Kindergärten auf, weil sie in ihnen einen "wichtigen sozialen und pastoralen Auftrag" sehe, betonte Hamers. Gerade in Zeiten hoher Zuwanderung komme ihnen der wichtige Auftrag zu, für Flüchtlingskinder Bildungs- und Chancengerechtigkeit herzustellen.

In NRW gibt es laut NRW-Familienministerium derzeit 9600 Kindergärten mit 620000 Betreuungsplätzen. Etwa 3700 dieser Einrichtungen werden von den beiden großen Kirchen unterhalten. ◀ (KNA)

2 Caritas in NRW · Aktuell 05/15

ker +++ Newsticker +++ Newsticker +++ Newsticker +++ New

"Asylgesetz verfassungswidrig"

Paderborn - Der Diözesan-Caritasverband Paderborn hält das neue Asylgesetz für verfassungswidrig. Insbesondere die Beschneidung des menschlichen Exis-tenzminimums in bestimmten Fällen widerspreche einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2012, sagt Marie-Luise Tigges, Referatsleiterin "Integration und Migration". "Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 klargestellt, dass dieses Existenzminimum allen Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zukommt. Es darf nicht beschnitten werden." Die neuen Regelungen - etwa die drastische Leistungsreduzierung für vollziehbar Ausreisepflichtige – sollten Flüchtlinge offenbar abschrecken. Doch genau dies erlaube das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht, sagt Tigges. Weiterhin kritisierte die Caritas das vorgesehene Arbeits- und Weiterbildungsverbot für Geduldete, das zu einer völligen Perspektivlosigkeit führe. Auch den Vorrang von Sachleistungen

in Erstaufnahmeeinrichtungen lehnt die Caritas ab. Allerdings gibt es dabei auch eine Ausnahmeklausel des "vertretbaren Verwaltungsaufwandes". NRW wird von der Regelung keinen Gebrauch machen und weiterhin Bargeld auszahlen. ◀

Christliches Profil erkennbar

Münster - Vier von fünf befragten Mitarbeitern in den 57 katholischen Kliniken in der Diözese Münster sehen ein erkennbares christliches Profil ihrer Häuser. Andererseits üben sie aber Kritik daran, dass ihr Wunsch nach Anerkennung und Respekt von Vorgesetzten und Kollegen nicht eingelöst wird. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Krankenhäuser im Caritasverband für die Diözese Münster hatte online alle rund 25000 Mitarbeitenden befragt. Mit 2104 Rückmeldungen sind die Ergebnisse repräsentativ. Ziel war, ihre Einschätzung zum christlichen Profil zu erfahren und daraus entsprechende Angebote zu entwickeln. Download unter:

www.caritas-muenster.de

Entbürokratisierung der Pflege

Rheine – Der Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU), hat die Caritas im Bistum Münster für ihren Beitrag zur Entbürokratisierung der Pflege gelobt. "Ohne die Caritas wären wir noch nicht so weit", erklärte der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium. Der katholische Wohlfahrtsverband habe sich kontinuierlich gegen eine überbordende Dokumentation in der Pflege eingesetzt, sagte Laumann. Die Caritas setzt mit dem Projekt "PracSIS" auf die strukturierte Informationssammlung (SIS) und konnte damit eine Reduzierung der Dokumentation von 70 auf 20 Seiten erreichen. Bundesweit beteiligen sich inzwischen 7000 Einrichtungen an dem neuen Verfahren zur Entbürokratisierung. Auch der Diözesan-Caritasverband Köln hat es mit einem ähnlich strukturierten Projekt geschafft, den Dokumentationsaufwand in der Pflege erheblich zu reduzieren – ohne Qualitätseinbußen. ◀ (KNA)

Ziel: "erfüllende Arbeit"

Personalentwicklung ist eine Frage der Unternehmenskultur

Arbeitgeber können Berufsanfängern der Sozialen Arbeit den Einstieg erleichtern, wenn sie ihnen fachliche Einbindung und Unterstützung bieten. Das war eines der Ergebnisse einer Befragung angehender Fachkräfte, die Prof. Ulrich Deller und Clemens Platzköster von der Katholischen Hochschule Aachen auf einer Fachtagung der Caritas in NRW in Essen vorstellten.

Gefragt wurde zu den Themen Bezahlung, Entwicklung und Karriere, Arbeitsplatzgestaltung und individuelles Engagement. Hierbei wurde deutlich, dass Berufsanfänger andere Prioritäten setzen als Fachkräfte, die schon länger im Arbeitsleben stehen. Sie weichen von dem ab, was Personalverantwortliche an die erste Stelle setzen würden. Neben Sicherheit der Anstellung und Höhe der Vergütung stehen Betriebsklima, strukturierte Einarbeitung und Möglichkeit zur Fortbildung ganz oben. Ganz besonders wichtig ist auch der Aspekt der "erfüllenden Arbeit".

Ein guter Arbeitgeber sollte sich neben Personalgewinnung um Personalentwicklung, Gesunderhaltung und Personalbindung kümmern, so Gastdozent Clemens Platzköster. Ein professionelles Personalentwicklungskonzept sei heutzutage notwendig, es erfordere Personalressourcen, Geld und Bereitschaft zur wechselseitigen Kritikkultur. Führungskräfte müssen zu diesen Themen geschult werden, denn Personalentwicklung ist ein komplexes System von Bildung, Förderung und Organisationsentwicklung. Der Erfolg wird sichtbar, wenn die Mitarbeiter bei höherer Zufriedenheit effektiver eingesetzt werden können, sodass der Output sich erhöht und die Produktivität und das Engagement des Einzelnen erhalten bleiben. Die Untersuchung entstand im Kontext des Projektes "Erziehungshilfe 2.0 macht Spaß!", in dem Führungskräfte aus den

Caritas-Einrichtungen für die Gewinnung von neuen Fachkräften über Social Media fit gemacht wurden. ◀ Reinhild Mersch

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf, Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25, E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de, Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abo-Fragen: Kevin Jandrey, Tel.: 02 11/51 60 66 20, E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn, Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527





Caritas in NRW · Aktuell 05/15

Wegwerf-Vorschrift für Medikamente bleibt

Medikamentenvernichtung: Arzneimittelgesetz wird nicht geändert

Die Bundesregierung plant keine Gesetzesreform, um die Weiterverwendung unverbrauchter Medikamente in Hospizen zu erlauben. Die Grünen-Bundestagsfraktion hatte auf Initiative des Kölner Diözesan-Caritasverbandes eine Anfrage gestellt. Hospize sind demnach weiterhin gesetzlich dazu verpflichtet, Medikamente verstorbener Patienten in jedem Fall komplett zu vernichten.

Das hatte die Caritas im Erzbistum Köln zuvor als "medizinisch und ökonomisch unsinnig" kritisiert und ein Ende der Wegwerf-Vorschrift gefordert. Der Verband hatte vorgerechnet, dass allein in den zwölf Hospizen im Erzbistum Köln jedes Jahr Arzneien im Wert von über 150.000 Euro im Müll landen. Dass die Bundesregierung keine Gesetzesreform dieser "Wegwerf-Vorschrift" plant, geht aus der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Grünen hervor.

Die Bundesregierung betont in ihrer Antwort, laut Arzneimittelgesetz dürften von Ärzten verschriebene Präparate allein von Apotheken an den Endverbraucher ausgegeben werden. Eine Weiterverwendung von bereits ausgelieferten Medika-

menten sei aus Gründen der Arzneimittelsicherheit nicht möglich. Weiter heißt es in der Antwort, es bestehe im Verhältnis zu den Gesamtausgaben für die Arzneimittelversorgung "kein relevantes Einsparpotenzial, das die Aufgabe bewährter Prinzipien rechtfertigen würde".

Frank Johannes Hensel, Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln, warf der Bundesregierung vor, sie ziehe "vorschnelle Schlüsse". Vom wahren Ausmaß der Medikamentenvernichtung habe sie gar keine Kenntnis. Der Diözesan-Caritasverband in Köln hatte die Vernichtung der Medikamente in seinen eigenen Hospizen systematisch untersucht. Bei der Hochrechnung für sämtliche Hospize in NRW kam heraus, dass jedes Jahr unverbrauchte Arzneien Verstorbener im Wert von 850.000 Euro vernichtet würden. Diese Verschwendung müsse beendet werden, fordert die Caritas.

M. L.

Spendenrekord für Lichtblicke

Oberhausen – Die Aktion Lichtblicke hat im Geschäftsjahr 2014/2015 mit 3,84 Millionen Euro ihr bislang bestes Spendenergebnis erzielt. Damit wurde das Ergebnis des Vorjahres sogar um 370.000 Euro übertroffen. Mit den Spendengeldern konnten rund 8.400 bedürftige Kinder und Jugendliche sowie deren Familien unterstützt werden. Auch die Anzahl der Spender stieg auf aktuell 21.709 an. "Das Mitgefühl mit den Kindern und Jugendlichen und ihren Familien in NRW, die in Not geraten sind, ist enorm und steht für Zusammenhalt und Solidarität einer starken und intakten Gesellschaft", sagte Dr. Frank Johannes Hensel, Vorstandsvorsitzender der Aktion Lichtblicke e.V. Lichtblicke ist eine gemeinsame Aktion von Caritas und Diakonie und den Lokalradios in NRW.

4 Caritas in NRW · Aktuell 05/15